



Europäischer Wirtschafts-  
und Sozialausschuss

**CCMI/177**

**Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen**

## **STELLUNGNAHME**

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit  
und Nachhaltigkeit abstecken**

[COM(2020) 474 final]

Berichterstatter: **Dumitru FORNEA**  
Ko-Berichterstatter: **Michal PINTÉR**

Befassung	COM(2020) 474 final, 23/09/2020
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Beschluss des Plenums	28/10/2020
Zuständige Fachgruppe	Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)
Annahme in der CCMI	05/03/2021
Verabschiedung im Plenum	25/03/2021
Plenartagung Nr.	559
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	256/0/3

## 1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1. Die Mitteilung der Europäischen Kommission ist ein wichtiger Schritt nach vorn und enthält einen klaren Fahrplan mit Initiativen und Aktionen auf europäischer Ebene. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) empfiehlt deshalb dem Europäischen Parlament und dem Rat, diesen Ansatz zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen zu unterstützen.
- 1.2. Nach Auffassung des EWSA können die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen, durch eine sichere Versorgung mit kritischen Rohstoffen die industrielle und technologische Basis in der EU zu erhalten und auszubauen. Ferner können sie wesentliche Forschungs- und Entwicklungskapazitäten fördern, die wiederum die Umsetzung der ehrgeizigen Ziele des Grünen Deals, die Schaffung neuer dauerhafter und guter Arbeitsplätze und einen gerechten Strukturwandel in betroffenen Regionen ermöglichen.
- 1.3. Der EWSA unterstützt uneingeschränkt den ökologischen Wandel im Energiesektor und erachtet die Gewinnung von Rohstoffen, die für den Einsatz umweltfreundlicher Technologien erforderlich sind, als wesentliche Voraussetzung hierfür. Diese Materialien wie u. a. Metalle und Mineralien sind die Grundbausteine einer soliden Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff und grüne Elektrizität. Ökostromerzeugung und grüne Energieträger ermöglichen die Dekarbonisierung der mineralgewinnenden Industrie und der verarbeitenden Industrie, so dass sich ein Positivsummenspiel ergibt.
- 1.4. Exploration ist mit einem hohen Risiko behaftet und deshalb mit hohen Kapitalkosten verbunden. Eine Risikominderung durch Kreditgarantien und Abschreibungsmöglichkeiten trägt erheblich zur Investitionsförderung bei. Weitere steuerliche Anreize werden in Form von Steuergutschriften und staatlichen Beihilfen geboten. Weltweit werden diese Mechanismen verbreitet in der Materialförderung und -verarbeitung angewandt, in der EU jedoch kaum. Allerdings gibt es in Europa eine Ausnahme: Finnland hat eine nationale Förderung durch Risikokapitalfonds eingeführt. Auf europäischer Ebene sollten vergleichbare Initiativen angeregt werden.
- 1.5. Unter Zugrundelegung der aktuellen bewährten Verfahren, Technik und Technologie schlägt der EWSA vor, dass die EU ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für Bergbautätigkeiten entwickeln sollte. In Verbindung mit anderen kritischen Infrastrukturen, wie bspw. bei der Integration der erneuerbaren Energien in das Energieversorgungssystem, konnte das Vertrauen in vereinfachte Verfahren gestärkt werden. Vereinfachte Verfahren greifen dem Ergebnis eines Entscheidungsprozesses nicht vor, sondern haben zum Ziel, die Zügigkeit, Berechenbarkeit und Transparenz der Umweltprüfungs- und Genehmigungsverfahren der betreffenden Infrastrukturprojekte zu verbessern.
- 1.6. Der EWSA hält es für entscheidend, dass angemessene Finanzierungsinstrumente verfügbar sind, um den ökologischen Wandel in der Erzgewinnung und -aufbereitung zu erleichtern. Ferner ist es wichtig, in das Recycling kritischer und strategisch wichtiger Rohstoffe zu investieren (bspw. über Horizont 2020).

- 1.7. Der EWSA ist fest überzeugt von der Bedeutung des Kreislaufprinzips für die EU-Wirtschaft. Im Rahmen der Kreislaufwirtschaft muss der Materialkreislauf in Europa geschlossen werden. Folglich sollte die Ausfuhr von Abfällen, die wertvolle Materialien enthalten, deren Aufbereitung in der EU zur Senkung der EU-Treibhausgasemissionen beitragen könnte, sorgfältig geprüft werden und nur erfolgen, wenn dies unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nutzbringend ist. Der EWSA unterstützt daher eine rasche und wirksame Überarbeitung geltender Rechtsinstrumente wie der Abfallverbringungsverordnung.
- 1.8. Der EWSA erachtet die vorgeschlagene Kartierung der potenziellen Versorgung mit kritischen Sekundärrohstoffen aus Lagerbeständen und Abfällen der EU als eine Schlüsselmaßnahme zur Verbesserung der Rohstoffresilienz der EU. Er fordert die Kommission deshalb auf, diese aktuell für 2022 geplante Kartierung als vorrangig einzustufen und bis Ende 2021 abzuschließen.
- 1.9. Der EWSA erachtet es als notwendig, Hemmnisse in geltenden Rechtsvorschriften und Regelungen über die Nutzung von Sekundärrohstoffen auf dem einheimischen Markt und ihre Verbringung aufzuheben. Allerdings müssen beim Handel in diesen gefährlichen Stoffströmen die Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsaspekte sorgfältig überwacht und berücksichtigt werden. Strenge und schnelle Verfahren müssen gegeneinander abgewogen werden, so dass die Verbringung, das Recycling und die Wiederverwendung sekundärer Rohstoffe auf dem Binnenmarkt nicht behindert werden. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Recyclingmöglichkeiten bürokratisch abgewürgt werden<sup>1</sup>.
- 1.10. Der EWSA erachtet es als wichtig, in die Methodik für die regelmäßige Bewertung der Liste kritischer Mineralien noch weitere Dimensionen einzubeziehen. Zur Bewertung der „ethischen Dimension“ sollte anhand geeigneter Kriterien überprüft werden, ob die globalen Lieferketten dieser Rohstoffe ethischen Grundsätzen genügen. Diese Grundsätze sollten auf der AEMR<sup>2</sup> beruhen sowie auf den Leitprinzipien der Vereinten Nationen (UNGP)<sup>3</sup>, darunter den von der IAO in der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit festgelegten grundlegenden Arbeitnehmerrechten einschl. den Mindestarbeitsnormen und der MNE-Erklärung<sup>4</sup>, sowie auf den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG)<sup>5</sup>. Des Weiteren sollte die Handels- und Weltmarktlage bei den Rohstoffen berücksichtigt werden, um die Handelsbedingungen der einzelnen Rohstoffe besser beurteilen zu können. Der derzeitige methodische Ansatz zur Bewertung von Handelshemmnissen ist zu ungenau. Handelshemmnisse und Oligopole sollten besser berücksichtigt werden.

---

<sup>1</sup> Beispielsweise stufen die Mitgliedstaaten Abfälle anhand unterschiedlicher Klassifizierungsmethoden als gefährlich oder nicht gefährlich ein. Dadurch entstehen unnötiger Verwaltungsaufwand – zu viele Dokumente, langwierige Verfahren, fehlende behördliche Koordinierung – und überflüssiger Druck wegen der finanziellen Garantie zur Absicherung der Abfallverbringung, die von der Einstufung der Abfälle abhängt.

<sup>2</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

<sup>3</sup> Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen.

<sup>4</sup> Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik.

<sup>5</sup> UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG).

- 1.11. Der EWSA hält eine Koordinierung zwischen den einzelstaatlichen Systemen für allgemeine und berufliche Bildung, Umschulung und Zertifizierung für erforderlich, um ausreichende Kapazitäten für die Ausbildung von Fachkräften auf den Gebieten bereitzuhalten und bereitzustellen, die für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit bei kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen relevant sind. Die EU muss bei der Ausbildung von Fachkräften auch die Erfordernisse im Kontext der rasch fortschreitenden Digitalisierung berücksichtigen und berufliche Möglichkeiten in den Bereichen Versorgungssicherheit und Verarbeitung dieser für moderne Volkswirtschaften systemrelevanten Mineralien fördern.
- 1.12. Im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit bei kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen hält der EWSA es für wichtig, dass die EU über ausreichende technologische und industrielle Kapazitäten für die Substitution dieser Mineralien im Falle anhaltender Verknappung verfügt. Die einschlägigen europäischen Institutionen müssen sich stärker in die Planung umfangreicher und kontinuierlicher Investitionen in FuE-Programme zur Entdeckung neuer Materialien und Verfahren einbringen, um eine sinnvolle Substitution zu ermöglichen.
- 1.13. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, den Bedürfnissen und Belangen rohstoffliefernder Entwicklungsländer überzeugend und respektvoll Rechnung zu tragen, indem Unternehmen gefördert und unterstützt werden, die eindeutig unter Achtung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen dieser Länder und ihrer Bevölkerung operieren. Die Kommission sollte eine Anleitung für die Schaffung partnerschaftlicher Rahmenbedingungen aufstellen, über die im beiderseitigen Interesse der Handelspartner Vertrauen, Beständigkeit, Sicherheit, Zuverlässigkeit und gegenseitige Achtung gefördert werden.
- 1.14. Der EWSA hält es für wichtig, kritische Rohstoffe weiter zu definieren und neu zu denken. Dem bisherigen Verständnis zufolge werden kritische Rohstoffe in erster Linie im Bergbau gewonnen. Diese viel zu enge Definition beeinträchtigt letztlich den Ausbau grüner Energien. Für holzbasierte Werkstoffe gibt es heutzutage sehr viel mehr effiziente Einsatzmöglichkeiten als früher. Die Entwicklung der Anwendungen, etwa im Textilbereich oder in neuen leichteren und umweltfreundlicheren Batterien, schreitet äußerst schnell voran. Die Bioökonomie bietet einzigartige Möglichkeiten, um die Krisenfestigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken und für geopolitische Stabilität auf unserem Kontinent zu sorgen. Die Nutzung erneuerbarer Materialien würde gleichzeitig auch zum Klimaschutz beitragen, da der durch die Nutzung fossiler Brennstoffe sonst freigesetzte Kohlenstoff im Boden bleibt, und ökologische Resilienz in fossilen Branchen erzeugen.

## 2. **Hintergrund**

- 2.1 Der Rohstoffsektor stellt etwa 350 000 Arbeitsplätze in der EU, während in den nachgelagerten Fertigungsbranchen über 30 Millionen Arbeitsplätze von einem zuverlässigen und ungehinderten Zugang zu mineralischen Rohstoffen abhängen. 2018 bewegte sich die Importabhängigkeit der EU bei Metallen je nach Metall zwischen 75 % und 100 %, und über die Hälfte des Energiebedarfs der EU wird durch Nettoeinfuhren gedeckt. Die Rohstoffpreise sind starken Schwankungen unterworfen, und die Ressourcen machen den größten Teil der

Inputkosten der Unternehmen aus<sup>6</sup>. Trotzdem generierten die rohstoffabhängigen Branchen in der EU eine Wertschöpfung in Höhe von 206 Mrd. EUR<sup>7</sup>.

- 2.2 Die Weltbank prognostiziert einen Anstieg der Nachfrage nach Metallen und Mineralien, der im Verhältnis zu den Klimazielen steht. Laut OECD wird sich der weltweite Materialverbrauch bis 2060 verdoppeln. Der Verbrauch von Metallen soll bis 2060 um 150 %, von derzeit 8 auf 20 Milliarden Tonnen, steigen. Die OECD kommt ferner zu dem Schluss, dass die Zunahme des Materialverbrauchs in Verbindung mit der Materialförderung und -verarbeitung den Druck auf die Ressourcen des Planeten erhöhen und die Errungenschaften des Wohlstands gefährden dürfte. In der Folge kann es zu ökologischen und sozialen Problemen, Verschmutzung, Biodiversitätsverlusten, Zerstörung von Böden usw. kommen.
- 2.3 Auf die EU entfallen weniger als 5 % der weltweiten Produktion an mineralischen Rohstoffen. China allein liefert 66 % der fertigen Lithium-Batterien, die EU hingegen nicht einmal 1 %. Aus der EU stammen weniger als 1 % der globalen Brennstoffzellproduktion und 1 % der Rohstoffe für Windenergieerzeugung<sup>8</sup>. China hat ein Quasimonopol bei Photovoltaik-Komponenten (PV). Die EU liefert 1 % der Photovoltaikmodule aus Silizium-Solarzellen. Die Robotikindustrie ist auf 44 Materialien angewiesen, von denen die EU 2 % und China 52 % produzieren.
- 2.4 Die sichere Versorgung mit kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen ist für den Umbau der EU-Wirtschaft und die Verwirklichung der EU-Klimaziele bis 2030 und 2050 unabdingbar. Saubere Energie, umweltfreundliche Technologien und grüne Mobilität sind auf Mineralien, Metalle und moderne Werkstoffe angewiesen, ohne die sich die Einführung und der Ausbau sauberer und digitaler Technologien wie auch die Umsetzung der Agenda 2030 und der darin verankerten Nachhaltigkeitsziele verzögern werden. Die EU muss handeln, um ihre Außenabhängigkeit zu verringern, ihre Lieferketten zu diversifizieren und in Recyclinganlagen zu investieren. Wenn ihr das nicht gelingt, stehen europäische Arbeitsplätze und das Überleben europäischer Unternehmen auf dem Spiel.

### 3. Die Aktionen der Kommission im Bereich Rohstoffe

- 3.1 Am 3. September 2020 stellt die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken“ zehn Aktionen für die Förderung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen vor. Als besonders wichtig wird eine offenere strategische Autonomie in der EU angesehen. Erreicht werden kann diese durch die Diversifizierung der Lieferanten in Drittländern; die Verringerung einer übermäßigen Abhängigkeit durch die Stärkung des Kreislaufprinzips, der Ressourceneffizienz, der Förderung und der Verarbeitung innerhalb der EU; die Erhöhung der Lieferkapazität innerhalb der EU; Aufbau belastbarer Lieferketten für die industriellen Ökosysteme der EU; Stärkung einer

---

<sup>6</sup> EU-Rohstoffanzeiger (Raw Materials Scoreboard) 2018.

<sup>7</sup> Euromines.

<sup>8</sup> International Resource Panel (IRP) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP).

nachhaltigen und verantwortungsvollen Versorgung; Gründung einer Rohstoffallianz und Auflage von FuE-Programmen; Verstärkung der Finanzierungsmöglichkeiten; Verbesserung der Bergbaukompetenzen; Verstärkung der Explorationskapazitäten; Bewertung der Umweltauswirkungen; Förderung des internationalen Handels und internationaler Partnerschaften.

- 3.2 Ein Schwerpunkt der Mitteilung der Europäischen Kommission „Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa“ vom 11. März 2020 liegt auf der Schaffung eines gut funktionierenden EU-Marktes für Sekundärrohstoffe und auf der ethischen Beschaffung von Rohstoffen und der Versorgungssicherheit.
- 3.3 Am 10. März 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Eine neue Industriestrategie für Europa“, in der sie die Bedeutung aller industriellen Wertschöpfungsketten in der EU hervorhob. Eine sichere Versorgung mit sauberer und erschwinglicher Energie sowie sauberen und erschwinglichen Rohstoffen ist die Voraussetzung für eine Verringerung der industriellen Kohlenstoffbilanz und die Beschleunigung des Wandels.
- 3.4 Am 11. Dezember 2019 legte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Der europäische Grüne Deal“ vor, die neue Wachstumsstrategie der EU für die Umstellung auf eine ressourceneffiziente, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft. Darin hebt sie hervor, dass der Zugang zu Ressourcen von strategischer Bedeutung für die Verwirklichung des Grünen Deals ist. Voraussetzung für den Wandel ist die nachhaltige Versorgung mit allen Rohstoffen, die für saubere und digitale Technologien benötigt werden.

#### **4. Allgemeine Bemerkungen**

- 4.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt und unterstützt die Bemühungen und Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Verbesserung der Rohstoffversorgungssicherheit. Die Stellungnahmen der Beratenden Kommission des EWSA für den industriellen Wandel aus den vergangenen 15 Jahren sowie ihre einschlägige Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission unterstreichen das Interesse und das Engagement der organisierten Zivilgesellschaft der EU, die europäische Rohstoffpartnerschaft weiter auszubauen.
- 4.2 Diesbezüglich müssen konkretere Vorschläge und Maßnahmen ausgearbeitet werden, um sicherzustellen, dass der in der Mitteilung zu den kritischen Rohstoffen abgesteckte Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit auch zum Ziel führt. Der EWSA fordert die Kommission zudem auf, durch geeignete Maßnahmen alle Rohstoffe zu erfassen, die für die Industrie und Wirtschaft der EU relevant sind, um künftige Abhängigkeiten zu vermeiden.
- 4.3 Die von der Europäischen Kommission 2008 gestartete Rohstoffinitiative bereitete den Boden für strukturierte und koordinierte Maßnahmen auf Ebene der einschlägigen EU-Institutionen, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger für die Notwendigkeit zu sensibilisieren, eine sichere Versorgung mit kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen für die europäische Industrie zu gewährleisten, sowie für konkrete einschlägige Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten.

- 4.4 Die europäische Technologieplattform für nachhaltige Gewinnung mineralischer Rohstoffe (2008 offiziell anerkannt), die Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe (2012), das Europäische Innovations- und Technologieinstitut – RawMaterials (2015), die Europäische Batterie-Allianz (2017), die Europäische Rohstoffallianz (September 2020) oder die Aktivitäten im Rahmen der jährlichen EU-Rohstoffwoche stehen für erfolgreiche Initiativen der Europäischen Kommission und wichtige Instrumente zur Unterstützung der anhaltenden Bemühungen der Europäischen Union, die technologischen, legislativen und administrativen Voraussetzungen für einen kohärenten EU-Aktionsplan für Rohstoffe zu schaffen. Diese Initiativen hätten jedoch weiter ausgebaut werden können, und der EWSA fordert die Kommission auf, die Arbeit, die Ergebnisse und die Wirksamkeit dieser Allianzen und Plattformen gründlich zu bewerten und dem EWSA regelmäßig (jährlich) die Ergebnisse zu übermitteln. Als Vertreter der Zivilgesellschaft muss der EWSA darüber informiert werden, ob dieser Ansatz wirksam zur Förderung und Verwirklichung des Ziels der Rohstoffresilienz beiträgt.
- 4.5 Der Blickwinkel der Kommissionsmitteilung ist überwiegend europäisch, was in Anbetracht ihres zentralen Anliegens – der Rohstoffversorgung der europäischen Wirtschaft – auch verständlich ist. Nach Meinung des EWSA sollte die Kommission jedoch auch die Bedürfnisse und Interessen der Menschen und Volkswirtschaften derjenigen Länder berücksichtigen, die Europa Rohstoffe liefern sollen, insbesondere eingedenk der häufig beschworenen „europäischen Werte“, „globalen Verantwortung“ und globalen „Nachhaltigkeitsziele“. Auch sollte bedacht werden, dass die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums über umfangreiche Bodenschätze verfügen und in die Rohstoffstrategien, strategischen Partnerschaften und Finanzierungsmöglichkeiten für den ökologischen Wandel im Bergbau einbezogen werden sollten.
- 4.6 Das Ziel der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen ist untrennbar mit den Bemühungen der EU verbunden, eine starke industrielle und technologische Basis aufrechtzuerhalten, die mit der digitalen Revolution und den globalen Herausforderungen des Klimawandels und des Umweltschutzes Schritt halten kann. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU dabei erfolgreich ist. Der EWSA hat bereits festgestellt: „Solarmodule, Windparks und Batterien sind für unser neues industrielles Paradigma von entscheidender Bedeutung. Allerdings benötigen sie auch Rohstoffe, die von unseren internationalen Konkurrenten kontrolliert werden. Die Industriepolitik muss mit einer resoluten Handels- und Außenpolitik einhergehen, die ihrerseits den Zugang zu diesen Ressourcen sichern muss.“<sup>9</sup>
- 4.7 Eine Rohstoffpolitik muss im Zusammenspiel mit anderen Politiken konkret dazu beitragen, die Versorgung der europäischen Industrie sicherzustellen, die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus der EU zu befriedigen, die Umwelt zu schützen, die Klimafolgen menschlicher Tätigkeiten einzudämmen und gute Arbeitsplätze zu schaffen. Diese wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nutzeffekte sollten sich EU-weit ausgewogen niederschlagen. Es ist wichtig, sich nicht nur auf Rohstoffe zu konzentrieren, die nach der von

---

<sup>9</sup> INT/897 – Industriepolitische Strategie.



der EU-Kommission vorgeschlagenen Methodik als „kritisch“ eingestuft werden. Rohstoffe, die ein wesentlicher Bestandteil vieler Lieferketten und zudem Trägerrohstoffe sind, sollten als strategisch wichtig bewertet werden.

- 4.8 Die anhaltende und absehbare Nachfrage der EU nach kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen ist die Grundlage für den Ausbau von Binnen- und Außenhandelsbeziehungen und Lieferketten. Angesichts der stetig steigenden Rohstoffnachfrage sollte die EU auch ihre Möglichkeiten zur Rohstoffbeschaffung innerhalb der EU und auf dem Weltmarkt ausweiten. Zuverlässige und planungssichere Lieferketten sind entscheidend für die Aufrechterhaltung der Industrieproduktion und der relevanten Infrastruktur in den Mitgliedstaaten, aber auch eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen.
- 4.9 Der Bedarf an kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen lässt Rückschlüsse darauf zu, welche industriellen Produktionskapazitäten und Voraussetzungen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Umschulung, lebenslanges Lernen und Zertifizierung erforderlich sind, damit die EU im globalen Wettbewerb bestehen kann, nicht in Abhängigkeit von bestimmten Rohstoffen gerät und bei Innovation, Forschung und technologischer Entwicklung nicht den Anschluss verliert.
- 4.10 Eine Voraussetzung für die Stärkung der Rohstoffresilienz sind technologische und industrielle Kapazitäten zur Ersetzung kritischer Rohstoffe, was jedoch zeitaufwändig ist und umfangreiche kontinuierliche Investitionen in die Erforschung und Entwicklung neuer Materialien erfordert. Angesichts der dynamischen Entwicklungen in China könnte die Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen durch ehrgeizige Vorhaben zur Vernetzung und Modernisierung der transeuropäischen Verkehrs-, Energie- und IKT-Infrastrukturen gestärkt werden, und zwar im Rahmen des europäischen Grünen Deals: Infolge der anhaltenden ausreichend hohen Nachfrage nach diesen Rohstoffen in der EU würden globale Lieferketten stabilisiert und neue Investitionen sowohl in die Rohstoff verarbeitende Industrie als auch in FuE-Programme für die Substitution kritischer Rohstoffe mobilisiert.

## 5. **Besondere Bemerkungen**

- 5.1 Die Mitteilung der Europäischen Kommission ist ein wichtiger Schritt nach vorn und enthält einen klaren Fahrplan mit Initiativen und Aktionen auf europäischer Ebene. Der EWSA empfiehlt deshalb dem Europäischen Parlament und dem Rat, diesen Ansatz zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen zu unterstützen.
- 5.2 Investitionen in nachhaltigen Bergbau ermöglichen zwar Versorgungssicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Fortschritt, müssen aber auch zur Verbesserung der sozioökonomischen und ökologischen Situation auf der Grundlage der sozialen Verantwortung der Unternehmen beitragen. Die zentrale Fragestellung ist, wie öffentliche Akzeptanz für die Förderung eines nachhaltigen Bergbaus in Europa gewonnen werden kann. Die Sensibilisierung der Bürger ist unerlässlich.

## **Der europäische Grüne Deal, die Klimaziele für 2030 und 2050 und die Rohstoffnachfrage**

- 5.3 Eine saubere Kreislaufwirtschaft kann dazu beitragen, unsere Abhängigkeit von Material- und Energieimporten zu verringern, die negativen Auswirkungen der Aktivitäten der EU auf Gesundheit und Umwelt zu senken, zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, die Beschäftigung vor Ort zu fördern, die Selbstversorgung zu verbessern und die im Zuge der COVID-19-Pandemie zu Tage getretenen Resilienzprobleme in Verbindung mit den globalen Lieferketten zu lösen. Der EWSA hat sich bereits für eine klare Strategie ausgesprochen: „Die EU sollte in der Kreislaufwirtschaft und in sauberen Technologien weltweit führend werden. Sie wird auf die Dekarbonisierung energieintensiver Industriezweige hinarbeiten.“<sup>10</sup>
- 5.4 In der Mitteilung der Kommission wird der Tiefseebergbau<sup>11</sup> nicht erwähnt bzw. erörtert. Auch wird kein Versuch unternommen, an der landläufigen Meinung zu rütteln, dass die mineralgewinnende Industrie nicht umweltverträglich ist. Dabei gibt es durchaus umweltfreundliche und nachhaltige Bergbautätigkeiten.
- 5.5 Laut Kommission sind Bergbauabfälle reich an kritischen Rohstoffen und können neue wirtschaftliche Aktivitäten eröffnen. Unklar ist jedoch, was für Investitionen dafür erforderlich sind und ob Aussicht auf öffentliche Akzeptanz besteht. Die Bewirtschaftung von Bergbauabfällen zur Gewinnung kritischer Rohstoffe betrifft nicht nur Kohlebergwerke, sondern auch Standorte, an denen eisen-, zink- oder nickelhaltige Erze abgebaut werden.
- 5.6 Für die Entwicklung der grünen und sauberen Technologien, die für die Energiewende und im weiteren Sinn auch für den grünen Strukturwandel erforderlich sind, müssen die Kapazitäten für das Recycling, die Gewinnung und die Verarbeitung von Metallen ausgebaut werden. Der Rückgewinnung strategisch wichtiger und kritischer Materialien kommt dabei entscheidende Bedeutung zu, und deshalb müssen innovative Technologien für die Abfalltrennung und -behandlung eingesetzt werden. Beide Beschaffungswege innerhalb der EU – Gewinnung und Wiederverwendung – müssen angemessen gefördert und finanziell unterstützt werden.

### **Die Liste der kritischen Rohstoffe für die EU – Bewertungsmethodik**

- 5.7 Auf der Grundlage der neuen technologischen Entwicklungen sollte die Liste der kritischen Rohstoffe für die EU alle zwei Jahre überprüft werden. Die Europäische Kommission hat vor, die Fortschritte bei der Umsetzung der in ihrem Vorschlag genannten Aktionen zu überwachen. In diesem Zusammenhang sind regelmäßige Folgenabschätzungen erforderlich. Zudem muss die Möglichkeit vorgesehen werden, Änderungen vorzunehmen bzw. regulierend einzugreifen.
- 5.8 Die Kommission betont in dieser Mitteilung, dass die sich aus der regelmäßigen Bewertung ergebende Liste kritischer Rohstoffe auch für die Förderung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Beschaffung von Bedeutung ist. Deshalb sollte die Methodik für die

---

<sup>10</sup> INT/897 – Industriepolitische Strategie.

<sup>11</sup> Die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) hat den Auftrag, den Tiefseebergbau rechtlich und praktisch zu regeln.

regelmäßige Bewertung dieser Liste anhand der AEMR<sup>12</sup> sowie der Leitprinzipien der Vereinten Nationen (UNGP)<sup>13</sup>, darunter der von der IAO in der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit festgelegten grundlegenden Arbeitnehmerrechte einschl. der Mindestarbeitsnormen und der MNE-Erklärung<sup>14</sup>, sowie der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG)<sup>15</sup> überprüft werden.

- 5.9 Die Eventualität von Menschenrechtsverletzungen, auch im Rahmen von Wirtschaftstätigkeiten in GWK<sup>16</sup>, oder von Umweltzerstörung in den künftigen Erzeugerländern muss in der Methodik für die regelmäßige Bewertung der Liste der kritischen Rohstoffe konkret berücksichtigt werden. Dementsprechend müssen angemessene Kriterien ermittelt und in die Bewertungsmethodik aufgenommen werden. Dies ist umso wichtiger, als der EU-Kommissar für Justiz im ersten Halbjahr 2021 eine Richtlinie über verpflichtende Sorgfaltsstandards vorschlagen will.
- 5.10 Nach dem bisherigen allgemeinen Verständnis werden kritische Rohstoffe im Bergbau gewonnen, doch der Begriff umfasst weitaus mehr. So gibt es bspw. für holzbasierte Materialien heutzutage sehr viel mehr effiziente Einsatzmöglichkeiten als früher: Die Entwicklung der Anwendungen, etwa im Textilbereich oder in neuen leichteren und umweltfreundlicheren Batterien, schreitet äußerst schnell voran. Zudem bietet die Bioökonomie einzigartige Möglichkeiten, um die Krisenfestigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken und für geopolitische Stabilität auf unserem Kontinent zu sorgen. Die Nutzung erneuerbarer Materialien würde gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen, und der durch die Nutzung fossiler Brennstoffe sonst freigesetzte Kohlenstoff bleibt im Boden, sodass ökologische Resilienz in fossilen Branchen erzeugt wird.

### **Kartierung der Rohstoffe in der EU**

- 5.11 Die vorgeschlagene Kartierung der potenziellen Versorgung mit kritischen Sekundärrohstoffen aus Lagerbeständen und Abfällen der EU ist eine Schlüsselmaßnahme zur Verbesserung der Rohstoffresilienz der EU. Die Kommission sollte deshalb diese aktuell für 2022 geplante Kartierung als vorrangig einstufen und bis Ende 2021 abschließen, um die Interessenträger und Bürger einschlägig zu informieren.
- 5.12 Angesichts des derzeit fehlenden Überblicks und der mangelnden Informationen über die Verfügbarkeit von Sekundärrohstoffen in der EU muss die sektorbezogene und sektorübergreifende Verfolgung strategisch wichtiger und kritischer Materialien, auch unter Einsatz von Digitaltechnik und Massendatenanwendungen, Priorität erhalten.

---

<sup>12</sup> Siehe Fußnote 2.

<sup>13</sup> [https://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf).

<sup>14</sup> Siehe Fußnote 4.

<sup>15</sup> Siehe Fußnote 5.

<sup>16</sup> Globale Wertschöpfungsketten.

## **Bergbau, damit verbundene Kompetenzen und gesellschaftliche Akzeptanz**

- 5.13 Der Abbau von Rohstoffen und die Gewinnung von Steinen und Erden sind notwendig, um Versorgungsrisiken zu mindern, also bspw. Materialien für emissionsarme Technologien und eine klimaneutrale Landwirtschaft bereitzustellen, und um die Resilienz von Wertschöpfungsketten im verarbeitenden Gewerbe zu stärken. Die europäische mineralgewinnende Industrie kann die Versorgung mit wesentlichen Materialien für aktuelle und künftige Technologien zum Aufbau einer klimaneutralen, dienstleistungs- und gemeinwohlorientierten, kreislauffähigen und ressourceneffizienten Wirtschaft sicherstellen und eine nachhaltige und verantwortungsvolle Beschaffung der Rohstoffe gewährleisten.
- 5.14 Zudem muss der Bergbau in Europa im Vergleich zu Drittländern strengsten Umwelt- und Sozialstandards genügen. Die Industrie in Europa leistet einen erheblichen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels: Sie erkundet fortwährend Verfahren zur Emissionsenkung, um die weiter steigende Nachfrage nach Rohstoffen effizient und praktisch bedienen zu können, und unterstützt andere Wirtschaftstätigkeiten bei der Verbesserung ihrer Umweltleistung.
- 5.15 Es gibt allerdings kaum Beispiele dafür, dass Rohstoffexporte der Entwicklungsländer zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugunsten breiter Schichten ihrer Bevölkerung geführt hätten. Vielmehr sind häufig soziale Ausbeutung und Umweltverschmutzung die Folge, und in der Regel gibt es nur wenige Nutznießer.
- 5.16 Die Rohstoffe sollten nicht nur als Garant für den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa begriffen werden, sondern auch eine nachhaltige, d. h. sozial- und umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung in den Lieferländern begründen. Die EU sollte diesbezüglich die Initiative ergreifen und ganz klar sämtliche Anstrengungen von Unternehmen unterstützen, die sich von dem bisherigen, einseitig auf eine sichere Versorgung mit möglichst billigen Rohstoffen ausgerichteten Ansatz ab- und einem neuen „strategischen Partnerschaftskonzept“ zuwenden. Bei einer solchen strategischen Partnerschaft müssen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfordernisse und Interessen der Rohstoffliefer- wie auch -empfängerländer auf faire Weise berücksichtigt und eine selbstbestimmte sozioökonomische Entwicklung in den Lieferländern unterstützt und gefördert werden. Durch die Schaffung partnerschaftlicher Rahmenbedingungen kann in den Handelsbeziehungen im beiderseitigen Interesse und auf der Grundlage gegenseitiger Achtung ein hohes Maß an Vertrauen, Beständigkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit erreicht werden.
- 5.17 Lokale Umweltprobleme müssen stets gegen den Nutzen solcher Projekte zur Verwirklichung übergeordneter europäischer und globaler CO<sub>2</sub>-Ziele abgewogen werden, bspw. gegen die steigende Kupfernachfrage. Eine solche Abwägung sollte bei der Einstufung der Vorrangigkeit von Bergbauprojekten in Europa stattfinden. Dabei sollten auch regionalwirtschaftliche Anliegen einbezogen werden.
- 5.18 Der Zugang zu Rohstoffen reicht nicht aus, die EU benötigt auch spitzentechnologische Verarbeitungskapazitäten. Kommissar Breton zufolge sollen die notwendigen europäischen Kapazitäten für die Förderung und Raffination kritischer Rohstoffe zu Beginn des nächsten Jahrzehnts betriebsbereit sein. Das ist nicht ehrgeizig genug. Der EWSA empfiehlt daher, dass

die EU Sofortinvestitionen fördert und gemeinsame Bestimmungen für Investitionsanreize festlegt. Zur Beschleunigung der „strategischen Autonomie“ Europas bei kritischen Rohstoffen sollte die Einrichtung einer europäischen Partnerschaft (im Rahmen von Horizont Europa) oder eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) in Erwägung gezogen werden. Ein derartiges wichtiges Vorhaben sollte die gesamte Lieferkette für kritische Rohstoffe umfassen: Bewertung der Mineralvorkommen in der EU, Gewinnung, Schmelzen, Verarbeitung, Recycling, Umnutzung. Wie für Batterien wird die Schaffung einer vollständig integrierten Wertschöpfungskette für seltene Erden in der EU von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung des zweifachen – digitalen und ökologischen – Wandels sein.

- 5.19 In Europa laufen vier große Projekte im Bereich nachhaltige Bergbau- und Verarbeitungsindustrie mit einem Finanzvolumen von knapp 2 Mrd. EUR, deren Ziel ist, bis 2025 80 % des europäischen Lithiumbedarfs zu decken. Diese Projekte könnten als Vorbild für die Gewinnung anderer Rohstoffe dienen, die für europäische Wertschöpfungsketten in zahlreichen anderen strategisch wichtigen Bereichen benötigt werden.
- 5.20 Die Industrie nutzt bereits Automatisierung, Digitalisierung, Blockchain-Technologie und künstliche Intelligenz. Zusätzlich sollte die Nutzung des Copernicus-Programms geprüft werden, um neue Rohstoffstandorte zu ermitteln und die Umweltbilanz zu überwachen. Auch hat der EWSA bereits die Aufstellung eines EU-Regelungsfahrplans für die Bewältigung der Herausforderungen empfohlen, die sich aus der Digitalisierung der Rohstoffindustrie ergeben, wobei Themen wie Cybersicherheit, künstliche Intelligenz, Automatisierung, Multi-Level-Governance und Meeres- und Weltraumbergbau behandelt werden sollten<sup>17</sup>.
- 5.21 Neue Gewinnungs-, Rückgewinnungs- und Produktionsverfahren sollten entwickelt werden, die den Ansprüchen der höchsten Umwelt- und Sozialstandards genügen. Die Bewirtschaftung von Deponien und Bergbaurückständen in der EU erschließt eine mögliche Quelle für kritische Rohstoffe. Umweltexperten drängen indes darauf, dass die Anwohner in den Entscheidungsprozess über künftige Bergbaustandorte einbezogen werden.
- 5.22 Bergbaukompetenzen sind auf die Ausbeutung von Metallen und Mineralien übertragbar, oft in denselben Regionen. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang ermöglicht die Unterstützung von Kohle- und kohlenstoffintensiven Regionen durch das Finanzierungsfenster „Nachhaltige Infrastruktur“ des Fonds „InvestEU“. Dies ist jedoch zeitaufwändig. Neben Investitionsanreizen wären auch beschleunigte Genehmigungsverfahren (bspw. über eine EU-Verordnung) notwendig. Alle künftigen EU-Projekte müssen Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards genügen.
- 5.23 Als eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame „Local Content Policy“ (d. h. die Förderung der Entwicklung der lokalen Wirtschaft von Bergbauländern) im Hinblick auf die Schaffung von mehr, umweltverträglicheren und besser bezahlten Arbeitsplätzen in rohstoffreichen Ländern müssen die industrieseitig benötigten Kompetenzen und Kapazitäten während des gesamten Lebenszyklus eines Bergwerks zur Verfügung stehen. Auch müssen neue

---

<sup>17</sup> CCMI/176 – Digitaler Bergbau in Europa.

Kompetenzen entwickelt und vorhandene Kompetenzen angepasst werden, um auf den raschen technologischen Wandel reagieren zu können. Neue Studien bestätigen die potenziellen Auswirkungen der neuen Technologien auf die Art der Arbeit und unterstreichen, dass im Bergbausektor nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Berufe neue Kompetenzen erforderlich sind, da die bestehenden Arbeitsplätze im Bergbaubetrieb voraussichtlich an die Automatisierung angepasst werden müssen. Entlassungen sollten im Wege des sozialen Dialogs vermieden werden. Durch Umschulungsmaßnahmen sollte sichergestellt werden, dass die Arbeitnehmer Zugang zu den neuen Stellen und Arbeitsplätzen haben, die durch die neuen Technologien und im Recycling-Bereich entstehen.

- 5.24 Die allgemeine und berufliche Bildung, Umschulung und Zertifizierung, die Gegenstand eines sozialen Dialogs sein sollten, sind für die Zukunft der Industrie von größter Bedeutung, und der Erwerb der erforderlichen Kompetenzen ist zeit- und kostenaufwändig. Fachdisziplinen wie Geologie, Metallurgie und Bergbau könnten auch auf Bachelorniveau unterrichtet werden.

### **Investitionen**

- 5.25 Exploration ist mit einem hohen Risiko behaftet und deshalb mit hohen Kapitalkosten verbunden. Eine Risikominderung durch Kreditgarantien und Abschreibungsmöglichkeiten trägt erheblich zur Investitionsförderung bei. Weitere steuerliche Anreize werden in Form von Steuergutschriften und staatlichen Beihilfen geboten. Weltweit werden diese Mechanismen verbreitet in der Materialförderung und -verarbeitung angewandt, in der EU jedoch nicht.
- 5.26 Ein effizientes System finanzieller Anreize muss entwickelt und auf die Förderung des ökologischen Wandels in der Abfallwirtschaft ausgerichtet werden. Des Weiteren sollte die Zweckentfremdung wertvoller Abfallressourcen unter Strafe gestellt werden.
- 5.27 Die Stärkung der Kapazitäten der EU im wirksamen Umgang mit den tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen ihrer internationalen Partner, auch in den Bereichen Dumping und öffentliches Beschaffungswesen, ist eine wesentliche Voraussetzung für fairen Wettbewerb im Rohstoffhandel.
- 5.28 Es sind umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig, damit Europa in globalen Wertschöpfungsketten weiterhin Maßstäbe setzen kann. Um mit anderen Wirtschaftsmächten Schritt zu halten, müssen die Instrumente im Rahmen verschiedener Politikbereiche, etwa der neuen Industriestrategie und der Handelspolitik der EU, eng aufeinander abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang wird die Umsetzung der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen noch wichtiger, um strategisch wichtige Wertschöpfungsketten der EU zu schützen.
- 5.29 Die EU muss der Überwachung der globalen Rohstoffmärkte sowie der Entwicklung strategisch wichtiger Lieferketten besondere Aufmerksamkeit widmen. Alle Mitgliedstaaten und Interessenträger müssen über einheitliche Berichtsformate zuverlässige und vollständige Daten übermitteln.

- 5.30 Durch Investitionen von EU-Unternehmen in den ökologischen Wandel im Bereich Gewinnung, Verarbeitung und Recycling müssen die Bemühungen der Industrie unterstützt werden, die Umstellung auf Klimaneutralität voranzubringen<sup>18</sup>. Der Sektor sollte leichten Zugang zu nachhaltiger Finanzierung erhalten – vorausgesetzt, aus den geplanten Investitionen, FuE-Plänen und Strukturwandelvorhaben ist ein klares Engagement für die Klimaziele, produktive Vollbeschäftigung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gute Arbeit für alle erkennbar. Der EWSA hat bereits in einer früheren Stellungnahme darauf hingewiesen, dass „sich ein nachhaltiges Wachstum auf ökologische, wirtschaftliche, soziale und ordnungspolitische Aspekte im Rahmen eines ausgewogenen, globalen und umfassenden Ansatzes beziehen sollte, der im Einklang mit allen Nachhaltigkeitszielen und dem Pariser Klimaschutzübereinkommen steht und bei dem unverzichtbare bereichsübergreifende Mindestbedingungen festgelegt werden.“<sup>19</sup>
- 5.31 Zudem sollten Bergbauvorhaben, in deren Rahmen die gleichen Verpflichtungen eingegangen werden, ebenfalls im Rahmen von wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) und Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) unterstützt und gefördert werden. Bei der Bewertung des Beitrags dieser Art Investitionen und Projekte ist allerdings auf etwaiges Greenwashing oder irreführende Informationen zu achten.

### **Handel und internationale Dimension**

- 5.32 Die EU bezieht derzeit 98 % ihres Bedarfs an Seltenen Erden aus China. Angesichts des sich abzeichnenden großen geopolitischen Wettbewerbs ist die Entwicklung einer wirksamen EU-Wirtschaftsdiplomatie wesentlich, um den Zugang zu einem breiten Anbieterspektrum zu sichern, während gleichzeitig in Wiederverwendung und Recycling investiert werden muss. Diesbezüglich plädiert der EWSA für den Aufbau strategischer Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern in einem plurilateralen Rahmen, um zu vermeiden, dass (mitunter politisch bedingte) Versorgungsausfälle zu einer Unterbrechung hochentwickelter industrieller Wertschöpfungsketten in der EU führen.
- 5.33 Die Stärkung der Rolle des Euro als internationale und Referenzwährung ist wichtig, um Preisschwankungen zu verhindern und die Abhängigkeit der EU-Akteure vom US-Dollar zu verringern. Die Kommission sollte über die verfügbaren wirtschaftsdiplomatischen und handelspolitischen Instrumente nach Wegen suchen, den Handel mit kritischen Rohstoffe in Euro zu fördern. Der EWSA begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der

---

<sup>18</sup> Laut dem McKinsey-Bericht *How the European Union could achieve net-zero emissions at net-zero cost* vom 3. Dezember 2020 kann die EU ihr Nullemissionsziel bis 2050 kostenneutral erreichen: Dazu müssten über die nächsten 30 Jahre schätzungsweise 28 Billionen EUR in saubere Technologien und Anwendungen investiert werden. Ca. 1,5 Billionen EUR würden im Gebäudesektor investiert (29 %), 1,8 Billionen EUR in der Energiewirtschaft (33 %), 410 Mrd. EUR in der Industrie (8 %), 76 Mrd. EUR in der Landwirtschaft (ca. 1 %) und 32 Mrd. EUR im Verkehrsbereich (unter 1 %). Ca. 1,5 Billionen EUR (28 %) würden in die Infrastruktur zur Verbesserung der Energieübertragung und -verteilung in allen Sektoren fließen.

<sup>19</sup> [ABl. C 62 vom 15.2.2019, S. 73](#) „Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung“ (ECO/456).

Europäischen Kommission „Das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem: Mehr Offenheit, Stärke und Resilienz“<sup>20</sup>.

- 5.34 Die Ausfuhr von Sekundärrohstoffen darf nur genehmigt werden, sofern dies unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sinnvoll ist. Die EU sollte jedoch die Spielregeln ändern und die Ausfuhr von Abfällen, die wertvolle Materialien enthalten, nur dann zulassen, wenn dies unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nutzbringend ist. Genauer gesagt sollten diese Art Abfälle nur dann ausgeführt werden, wenn die Umwelt-, Sozial- und Klimaschutzstandards am Zielort den in der EU geltenden Standards entsprechen.
- 5.35 Die internationale Zusammenarbeit innerhalb der OECD, der Vereinten Nationen, der WTO und der G20 muss unter Berücksichtigung der künftigen Nachhaltigkeit der Industrie und des EU-Interesses am sicheren Zugang zu kritischen Rohstoffen ausgebaut werden. Die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen Ländern ist für europäische Interessenträger wichtig. Die EU muss alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, darunter auch Handelsvereinbarungen und strategische Partnerschaften, um Joint-Ventures in ressourcenreichen Drittländern, insbesondere in Afrika und Südamerika, zu erleichtern, wobei stets die Grundsätze der verantwortungsvollen Beschaffung und der vorbildlichen Geschäftspraxis zu berücksichtigen sind. Auch müssen die Länder des westlichen Balkans in die EU-Versorgungskette einbezogen werden.

Brüssel, den 25. März 2021

Christa SCHWENG

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---

<sup>20</sup> COM(2021) 32 final vom 19.1.2021, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0032&qid=1613992966781>.